12.4.2019 - Gesetzgebung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung legt Bericht vor

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat einen Bericht über den Stand und die Entwicklungen in der Pränataldiagnostik vorgelegt. Darin gehen die Abgeordneten auch auf den seit 2012 verfügbaren **nichtinvasiven Pränataltest (NIPT)** zur Feststellung einer Trisomie 21 ein. 157 Abgeordnete verschiedener Fraktionen hätten schon im März 2015 eine Kleine Anfrage zu dem Bluttest gestellt. Anlass sei die Eröffnung eines Erprobungsverfahrens durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) gewesen, das in einer Kostenübernahme münden könnte.

Bericht thematisiert ethische und gesellschaftliche Fragen

Zweck des nun veröffentlichten Monitoringberichts sei, so heißt es im Vorwort, dem Deutschen Bundestag eine Informationsgrundlage zu verschiedenen Aspekten der PND – medizinischen, rechtlichen, sozialen und ethischen – zur Verfügung zu stellen. Auf dieser Basis könne „der bereits erfolgte parlamentarische Anstoß zu einer inklusiven gesellschaftlichen **Debatte über Pränataldiagnostik** unterstützt und intensiviert werden."

Der Bericht enthält Darstellungen zu

- den rechtlichen Grundlagen zur Anwendung vorgeburtlicher Diagnostik,
- den Methodenbewertungsverfahren des G-BA zu NIPT,
- Regelungen zu Pränataldiagnostik (PND) in ausgewählten europäischen Ländern,
- der aktuellen Beratungssituation für schwangere Frauen zu PND,
- Positionen ausgewählter gesellschaftlicher Gruppen (schwangere Frauen, Ärzt/-innen, psychosoziale Berater/-innen, Hebammen, Herstellerunternehmen, zivilgesellschaftliche Aktivist/-innen).

Daraus folgend thematisiert er ethische und gesellschaftliche Fragen zu PND, die in einem **gemeinschaftlichen Dialog** aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft vertieft werden könnten.

Volltext: BT-Drucks. 19/9059 – Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Aktueller Stand und Entwicklungen der Pränataldiagnostik

Quelle: Heute im Bundestag (hib) Nr. 402 vom 10.4.2019